

im März d.J. nur noch 3,6%. (AWSJ, 14.4.99)

In den ersten zwei Monaten d.J. wiesen die Ausfuhren nach Asien insgesamt einen Rückgang um 17,7% auf. Exporte nach Japan fielen um 6,7% und nach Hongkong um 36,8%; dagegen nahmen die Ausfuhren nach Korea um 7,1% zu. (XNA, 8.4.99) -schü-

21 Engere Kooperation zwischen China und Kanada

Mitte April reiste Premierminister Zhu Rongji nach Kanada zu einem Staatsbesuch, bei dem Fragen der wirtschaftlichen Kooperation im Mittelpunkt der Gespräche standen.

Während des Besuches wurden verschiedene Regierungsabkommen unterzeichnet, und zwar über die Zusammenarbeit im Umweltbereich sowie Protokolle über Quarantäne und Gesundheitsanforderungen beim Nutztierexport nach China. Weiterhin erfolgte die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages zwischen der China National Petroleum Corp. und der Regierung von Alberta. Die Gründung des China-Canada Petroleum Center soll dem Technologieaustausch sowie der Ausbildung von Fachkräften im Petroleum- und im Umweltschutzsektor dienen. Insgesamt soll sich der Wert der abgeschlossenen Wirtschaftsverträge auf rd. 400 Mio. US\$ belaufen.

Zwischen China und Kanada fand in den letzten Jahren eine wachsende Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Energie, Transport, Telekommunikation, Elektronik, Maschinenbau, Umweltschutz und High-Tech-Industrien statt. Im Versicherungssektor wurde der Sun Life Assurance Corp. erlaubt, eine Vertretung in China zu eröffnen. (XNA, 18.4.99; *China Daily*, 17.4.99)

Chinesische Behörden haben bis Ende 1998 insgesamt 3.982 Investitionsprojekte kanadischer Unternehmen mit einem vertraglichen Volumen von 6,4 Mrd. US\$ genehmigt. Die realisierten Direktinvestitionen beliefen sich auf 1,8 Mrd. US\$. Die Projekte befinden sich in insgesamt 20 verschiedenen Provinzen und konzentrieren sich auf die Bereiche Erdöl, Elektronik, Telekommunikation, Chemie, Leicht-

industrie, Nahrungsmittel, Textilien, Land- und Fischwirtschaft, Immobilien und Tourismus.

Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind die meisten Kredite der kanadischen Regierung außerdem in die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Energie, Verkehr, Telekommunikation, Wasserkraft, Petrochemie, Leichtindustrie, Baustoffe, Städtebau, Umweltschutz, Ausbildung und Armutsbekämpfung geflossen.

Das Volumen des bilateralen Außenhandels stieg nach chinesischen Zollstatistiken 1998 gegenüber dem Vorjahr um 11,6% und belief sich auf 4,37 Mrd. US\$. Kanada gilt als der zehntgrößte Handelspartner Chinas. Die Exporte Chinas nach Kanada betrugen 2,24 Mrd. US\$, ein Anstieg um 11,5%. Zu den wichtigsten Exportgütern Chinas zählen u.a. Maschinen und Elektronikprodukte, Bekleidung und Textilien, Schuhe, Kunststoffe sowie Spielzeug. Aus Kanada bezieht China vor allem Weizen, Kunstdünger sowie Papierprodukte. (XNA, 18.4.99) -schü-

Binnenwirtschaft

22 Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1999

Wirtschaftswachstum

In den ersten drei Monaten verzeichnete China nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes ein Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt = BIP) von 8,3%. Der Sprecher des Statistikamtes, Ye Zhen, führte die Beschleunigung des Entwicklungstempos auf den Erfolg der staatlichen Ausgabenpolitik und die Stimulierung der Inlandsnachfrage zurück.

Im Kommentar zur Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal, der vom Finanz- und Wirtschaftskomitee des Nationalen Volkskongresses Mitte April abgegeben wurde, ist u.a. auch eine Angabe über die Höhe der Arbeitslosigkeit zu finden. Für die Periode Januar bis März d.J. wird eine Arbeitslosenquote von 6,2% angegeben. Es kann davon ausgegangen

werden, daß es sich hierbei um die städtische Arbeitslosenquote handelt, da der Arbeitsmarkt in einen städtischen und ländlichen segmentiert ist. (SWB FE/W0586/CNS 28.4.99, nach Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 16.4.99)

Verglichen mit dem BIP-Zuwachs im 4. Quartal 1998 in Höhe von 9% stellt die Wachstumsrate von 8,3% in den ersten drei Monaten d.J. jedoch eine Verlangsamung des Konjunkturtempos dar.

Regional betrachtet fiel das Wirtschaftswachstum wiederum sehr unterschiedlich aus. So erreichte Beijing beispielsweise mit einem BIP-Anstieg von 12,2% landesweit und seit 1996 die höchste Wachstumsrate. Die BIP-Wachstumsraten der Provinzen Fujian und Jiangsu lagen mit 10,9% sowie 10,4% ebenfalls weit über dem Durchschnitt. Guangdong erreichte eine Wachstumsrate von 8,9%.

Wirtschaftswachstum nach Sektoren und Regionen

Der Agrarsektor wies eine Wachstumsrate von 5%, der Industriesektor (Industrie und Baugewerbe) von 9,7% und der Tertiärsektor von 7% im Vergleich zur Vorjahresperiode auf.

Die Wertschöpfung der Industrie erhöhte sich im 1. Quartal um 10,1% und betrug 447 Mrd. Yuan. Im März lag die Wertschöpfung bei 167 Mrd. Yuan und stieg damit um 9% im Vergleich zum März 1998. Die Zunahme der Wertschöpfung, unterteilt nach unterschiedlichen Eigentumsformen der Unternehmen, fiel wie folgt aus: +8,3% in staatseigenen Unternehmen, +8,5% in kollektiveigenen Unternehmen und +13,6% in Unternehmen mit Auslandskapital.

Regional betrachtet erreichte Beijing mit 26,7% die höchste Zuwachsrate der industriellen Wertschöpfung im 1. Quartal im Vergleich zur Vorjahresperiode. Auch Chongqing konnte mit einer Zunahme der industriellen Wertschöpfung um 14,9% nach Einschätzung der lokalen Experten von der staatlichen und privaten Nachfragestimulierung profitieren. Die Provinzen Shandong und Guangdong wiesen in den ersten drei Monaten d.J. mit 14,6% bzw. 11,6% ebenfalls eine relativ hohe Zunahme der industriellen Wertschöpfung auf.

Anlageinvestitionen und Geldangebot

In den ersten drei Monaten d.J. stieg das Volumen der Anlageinvestitionen ohne Berücksichtigung der kollektiveigenen und privaten Unternehmen um 22,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Vom Gesamtvolumen der Investitionen in Höhe von 202,3 Mrd. Yuan entfielen 117,9 Mrd. Yuan auf Infrastrukturprojekte (+28,1%) sowie 33,1 Mrd. Yuan auf Modernisierungsinvestitionen (+13,7%).

Nach Angaben der Zentralbank stieg die Geldmenge M2 bis März d.J. um 17,8%. Im Vergleich zu Ende 1998 betrug die zusätzliche Ausweitung 2,5%.

Preisentwicklung und Inlandsnachfrage

Auch in den ersten drei Monaten d.J. gingen die Preise weiter zurück. Die Einzelhandelspreise sanken um 2,9% und die Verbraucherpreise um 1,4% gegenüber der Vergleichsperiode 1998.

Einer Untersuchung des State Information Center (SIC) zufolge verlief die Preisentwicklung für Produktionsmaterialien im März stabil. Während die Preise von 47,7% bzw. von 83 Produktionsmaterialien zurückgingen, verzeichneten 52,3% bzw. 93 Produktionsmaterialien einen Preisanstieg. Die Preise für Stahl blieben aufgrund des hohen Angebots relativ niedrig. Die Ausweitung der Infrastrukturprojekte unterstützte die Nachfrage und damit den Preisanstieg bei Holz und Zement. Die Preise für Schweinefleisch gingen aufgrund des Überangebots auch im 1. Quartal weiter zurück. In 11 Provinzen, die führend bei der Schweinezucht sind, sanken die Ankaufspreise um 30% auf 5,22 Yuan pro Kilogramm; die Durchschnittspreise für Schweinefleisch fielen sogar um 50%. Als Folge dieser Entwicklung mußten die auf Schweinezucht und -verkauf spezialisierten Bauern beträchtliche Verluste hinnehmen.

Die Belebung der Inlandsnachfrage der Konsumenten war im 1. Quartal noch nicht sehr erfolgreich. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Zuwächse bei den Einzelhandelsverkäufen von 9% auf 7,4% zurück. Unter Berücksichtigung der deflationären Preisentwicklung betrug die reale Zunahme des Einzelhandelsumsatzes 10,6%. (NZZ, 24./25.4.99; XNA, 29.4.99)

Außenwirtschaftliche Entwicklung

Im 1. Quartal setzte sich der Trend rückläufiger Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) fort. Das gesamte Volumen der realisierten ADI erreichte in den ersten drei Monaten d.J. einen Wert von 7,34 Mrd. US\$, ein Rückgang um 14,5% gegenüber der Vorjahresperiode. Das Volumen der vertraglich zugesagten ADI belief sich auf 8,72 Mrd. US\$ und lag damit auf demselben Niveau wie im 1. Quartal 1998.

Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1999

	Wert	Prozentuale Veränderung gegenüber 1. Quartal 1998
BIP (Mrd.Yuan)	1678	+8,3
Industrielle Wertschöpfung (Mrd.Yuan)	477	+10,1
Anlageinvestitionen* (Mrd.Yuan)	202,3	22,7
Einzelhandelspreise		-2,9
Verbraucherpreise		-1,4
Einzelhandelsumsatz nominal (Mrd.Yuan)	760,4	+7,4
Städtische Arbeitslosenquote (%)		6,2
ADI (realisiert, Mrd.US\$)	7,34	-14,6
Außenhandelsvolumen (Mrd.US\$)	70,26	0,3
Exporte (Mrd.US\$)	37,27	-7,9
Importe (Mrd.US\$)	32,99	+8,9

* Bemerkung: Anlageinvestitionen ohne Investitionen kollektiveigener und privater Einheiten.

Quellen: XNA, 9.4., 21.4. und 29.4.99; SWB FE/WO0586/CNS 28.4.99.

Das Außenhandelsvolumen stieg im 1. Quartal um 0,3% und belief sich auf 70,26 Mrd. US\$. Während die Exporte um 7,9% zurückgingen und noch 37,27 Mrd. US\$ ausmachten, nahmen die Importe um 11,6% zu und erreichten einen Wert von 32,99 Mrd. US\$. Die Ausweitung der Importe wird insbesondere auf die Steigerung der Inlandsnachfrage und die Auswirkungen der Anti-Schmuggel-Kampagnen zurückgeführt. Während die Exporte in die südostasiatischen Staaten im 1. Quartal ihren Tiefpunkt erreicht hatten und um 1,8% stiegen, fielen die Ausfuhren in die EU und USA. Im Vergleich zu den Vorjahresmonaten ging der Wert der Ausfuhren im Januar um 10,8%, im Februar um 10,2% und im März um 3,6% zurück.

Auch die Provinz Guangdong, die führend im Außenhandel ist, mußte erhebliche Einbußen bei den Ausfuhren hinnehmen. So gingen dort im 1. Quartal 1999 die Exporte um 20,5% zurück. Das Wirtschaftswachstum konnte nur über eine Expansion der Anlageinvestitionen um 32,8% in der o.g. Periode gestützt werden. (XNA, 9.4., 10.4., 11.4., 13.4., 17.4., 21.4., 26.4., 27.4.; 28.4. und 1.5.99; FT, 20.4.99; SCMP 27.4.99; AWSJ, 21.4.99)

Für die Wirtschaftsentwicklung im gesamten Jahr 1999 bestehen unterschiedliche Prognosen. So geht die Asiatische Entwicklungsbank in ihrer Jahresveröffentlichung *Asian Development Outlook 1999* davon aus, daß China 1999 ein Wirtschaftswachstum von 7% und im Jahre 2000 von 6,5% erreichen wird. Das Entwicklungstempo wird der Entwicklungsbank zufolge insbesondere von der Umsetzung des Programms zur Konjunkturankurbelung und von den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen. Als besondere Herausforderung für die makroökonomische Steuerung nannte die Entwicklungsbank die Aufrechterhaltung eines robusten Wachstums durch den Einsatz einer umsichtigen Geld- und Fiskalpolitik. (XNA, 20.4.99) Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von rd. 7% zweifelt die Entwicklungsbank allerdings daran, daß die durch die Staatsbetriebe freigesetzten Arbeitskräfte sowie Neuzugänge am Arbeitsmarkt in ausreichendem Umfang absorbiert werden können. (HB, 21.4.99)

Ökonomen der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften prognostizieren dagegen ein Wirtschaftswachstum von 7,9% in diesem Jahr. Voraussetzung hierfür sei allerdings eine stabile Weltwirtschaft und die Fortsetzung der derzeitigen makroökonomischen Kontrollpolitik durch die Regierung. Als Probleme nannten die Ökonomen u.a. sinkende Preise, das rückläufige Exportwachstum sowie die Nachfrageschwäche am Konsumgütermarkt. (XNA, 20.4.99)

Auch der Chefökonom der Morgan Stanley, Dean Witter, ist durchaus optimistisch in seiner Prognose des chinesischen Wirtschaftswachstums. Während Witter für 1999 eine Wachstumsrate von 7% annimmt, werde diese im Jahre 2000 mit 8,2% höher ausfallen. Witter zufolge stellen die enormen Sparleistungen der Bevölkerung einen Puffer gegen die negativen Wirkungen der Asienkrise dar. Auch die Mischung der chinesischen Wirtschaft mit einem hohen Anteil verarbeitender Industrie und Infrastruktureinrichtungen einerseits sowie Landwirtschaft und Bergbau andererseits schütze China vor vergleichbaren Problemen wie in den asiatischen Nachbarstaaten. (XNA, 24.4.99) -schü-

23 Verkehrsminister warnt vor Mißbrauch öffentlicher Investitionsmittel

In einer landesweiten Telefonkonferenz warnte Verkehrsminister Huang Zhendong Ende April d.J. davor, die für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bestimmten öffentlichen Mittel für die Errichtung von Gebäuden, Hotelanlagen oder Unterkünfte für staatliche Beschäftigte zu verwenden. Sollten solche Fälle auftreten, werde das Ministerium die in den Bau gesteckten zentralen Zuweisungen in doppelter Höhe zurückfordern.

Huang zufolge werde das Ministerium in diesem Jahr weiterhin die Durchsetzung der rechtlichen Bestimmungen verstärken, um korrupte Praktiken bei der Durchführung von Straßenbauprojekten zu verhindern. Auch die Untersuchung von Qualitätsmängeln im Straßenbau sowie von Fällen des Mißbrauchs von Finanzmitteln soll in diesem Jahr besser und schneller durch-

geführt werden. Zudem soll das System der Verantwortlichkeit für die Qualität von Bauprojekten tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang kündigte Huang an, daß vor allen Bauprojekten zukünftig Schilder aufgestellt werden müßten, die namentlich die verantwortlichen Personen für den Entwurf und die Genehmigung der Projekte, die verantwortlichen Bauunternehmer etc. nennen müßten.

Seit Beginn d.J. hat das Verkehrsministerium sieben Inspektionsgruppen zur Überprüfung von wichtigen Straßenbauprojekten in 14 Provinzen, Städte und Autonome Regionen entsandt, die die Qualität der Projekte und die Nutzung der zugeteilten Mittel überprüfen. Die Inspektionsgruppen sollen bei den weitaus meisten Projekten die korrekte Ausführung der Arbeiten entsprechend der Vorgaben angetroffen haben.

Im ersten Quartal d.J. wurden die Investitionen für Straßenbauprojekte um 61% im Vergleich zur Vorjahresperiode erhöht. Insgesamt sind in diesem Jahr 279 Projekte geplant, die den Bau von 27.900 km Straße, einschließlich 15.784 km Autobahnen vorsehen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 23.4.99, nach SWB FE/D3521/CNS 29.4.99)

Als ein Mittel zur Reduzierung der Korruption im Bausektor soll auch die öffentliche Ausschreibung von Projekten eingesetzt werden. In einem vorliegenden Entwurf ist festgelegt, daß für alle öffentlichen Einrichtungen, Infrastrukturprojekte und durch Kredite aus dem Ausland finanzierten Projekte die öffentliche Auftragsvergabe gelten soll. (NfA, 30.4.99) -schü-

24 Privatunternehmen tragen verstärkt zur Wirtschaftsentwicklung bei

Nach Angaben der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission gab es Ende letzten Jahres 1,2 Mio. private Unternehmen; die Zahl der Selbständigen belief sich auf 31,2 Mio. Personen.

Von den privaten Unternehmen wiesen 17.000 einzelne Unternehmen sowie 1.563 Unternehmensgruppen ein

registriertes Kapital von mehr als 5 Mio. Yuan auf.

Privatunternehmen sowie Selbständige stellten im letzten Jahr insgesamt 5,63 Mio. Personen neu ein. Dagegen sank die Beschäftigung durch die Staatsunternehmen um 3,9 Mio. Personen. Freigesetzte Arbeitskräfte konnten vor allem von den Privatunternehmen absorbiert werden.

Auch die Beiträge der Privatunternehmen zu den Steuern sind erheblich gestiegen. So trug der nichtstaatliche Sektor einschließlich der Privatunternehmen, der kollektiveigenen und der Unternehmen mit Auslandskapital insgesamt mit rd. der Hälfte zu den Steuereinnahmen bei und wies den größten Anstieg der Steuerbeiträge auf. Das Steuervolumen lag bei 418 Mrd. Yuan, auf die Unternehmen mit Auslandskapital entfiel ein Anteil von 123,3 Mrd. Yuan. Während die Beiträge des nichtstaatlichen Sektors zu den Steuereinnahmen gestiegen sind, ging der Anteil des Staatssektors von 75% im Jahre 1978 auf 54% im Jahre 1998 zurück. (XNA, 15.4.99)

Nach Angaben der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission trugen die Privatunternehmen (unklar bleibt, ob das Jahr 1998 gemeint ist) 19,1% zum Industrieoutput und 37% zum Einzelhandelsumsatz bei Konsumgütern bei. (XNA, 27.4.99)

Obwohl die Regierung zugesichert hat, daß den privaten Unternehmen der Zugang zu Krediten erleichtert werden soll, sehen sich viele Privatunternehmen weiterhin bei der Kreditvergabe diskriminiert. Liu Yonghao, Vorstandsvorsitzender des privaten Unternehmens New Hope Group, Chinas größter Viehfutterhersteller, wies zur Erklärung auf die Bedenken der Banken hin, die über die geringe Transparenz der Privatunternehmen klagten. Problematisch bei einer Kreditvergabe sei nach Einschätzung von Fang Xinghai, Direktor der China Construction Bank, daß Privatunternehmen für größere Kredite nicht ausreichend Vermögenswerte oder Hypotheken zur Kreditsicherung bereitstellen könnten. (SCMP, 29. 4.99) -schü-

25 Staatsunternehmen weisen erstmals seit drei Jahren Nettogewinne auf

Zum ersten Mal innerhalb von drei Jahren konnten die großen und mittelgroßen Staatsunternehmen in den ersten zwei Monaten d.J. einen Nettogewinn aufweisen, der sich auf 1,26 Mrd. Yuan belief. Nach Angaben von Shi Wanpeng, stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, kann von steigenden Gewinnen gesprochen werden, da die großen Staatsunternehmen „nur“ einen Nettoverlust von 630 Mio. Yuan in den ersten zwei Monaten d.J. hinnehmen mußten. Diese Entwicklung kann Shi zufolge auf die positiven Auswirkungen der aktiven Fiskalpolitik und auf das strenge Vorgehen gegen den Schmuggel zurückgeführt werden. Der Nettogewinn der großen und mittelgroßen Staatsunternehmen sei ein ermutigendes Zeichen für die weitere Entwicklung in diesem Jahr.

Auch nach Einschätzung der bekannten Ökonomen Li Yining und Yu Zuyao von der Universität Beijing und der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften kann die Gewinnentwicklung der großen und mittelgroßen Staatsunternehmen in den ersten zwei Monaten d.J. als ermutigend angesehen werden. Allerdings sind beide Ökonomen der Ansicht, daß es sich erst um eine erste Phase bei der Verbesserung der Situation der Staatsunternehmen handelt und es noch enorme Anstrengungen bedürfe, das Reformtempo zu beschleunigen und die Verluste abzuschütteln. (XNA, 17.4.99)

In den letzten Monaten hat die politische Führung wiederholt darauf hingewiesen, daß die Reform der Staatsunternehmen unbedingt weiter fortgesetzt werden mußte. Auf seiner Inspektionsreise in die Provinz Sichuan Ende April besuchte Staatspräsident Jiang Zemin eine Reihe großer Staatsunternehmen wie Wuliangye Liqueur Group, Panzhihua Iron and Steel Company, Ertan Hydropower Station, Chengdu Aircraft Industrial Company sowie Changhong Group, die zu den wirtschaftlich relativ erfolgreichen Unternehmen zählen. Trotz der Erfolge bestimmter Unternehmen, so Jiang, würden viele Unternehmen weiterhin mit enormen Problemen konfrontiert

sein und der Unterstützung bedürfen. (XNA, 24.4.99)

Sheng Huaren, Leiter der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, wies im März d.J. darauf hin, daß die Reform der Staatsunternehmen in diesem Jahr beschleunigt würde, um einen „wesentlichen Fortschritt“ zu erreichen. Sheng zufolge sollten rd. 1.500 der großen und mittelgroßen Staatsunternehmen - dies seien zwei Drittel der gesamten Verlustunternehmen - innerhalb der kommenden zwei Jahre wieder in die Gewinnzone kommen. Von den insgesamt 7.680 großen und mittelgroßen Unternehmen sollen rd. 2.300 derzeit Verluste schreiben, ein Anteil von rd. einem Drittel.

Nach Aussagen von Sheng habe die Regierung die Reform der staatseigenen Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Probleme im letzten Jahr nicht abgebremst, und damit sei zukünftig auch nicht zu rechnen. Die Reformen würden vielmehr mit einem schnelleren Tempo fortgesetzt werden. (XNA, 6.3.99)

Um Verschwendung und Mißbrauch von Staatseigentum zu verhindern, forderte die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission die staats-eigenen Unternehmen dazu auf, ihr Beschaffungswesen zu standardisieren. Die Kommission, die als Aufsichtsbehörde für die Staatsunternehmen fungiert, veröffentlichte Mitte April eine vorläufige Bestimmung über die Standardisierung der Beschaffung von Roh- und Brennstoffen, Teilen und Komponenten, Produktions- und Büroausstattungen, Sicherheitseinrichtungen und anderen Materialien. Die vorläufigen Bestimmungen werden ab Mai gültig sein und weisen den Managern verschiedener Ebenen klar definierte Rechte bei der Beschaffung zu. Daneben soll ein Überwachungsorgan eingerichtet werden, das eine Überprüfung von Preisen, Qualität und beschafften Mengen durchführen soll. Von den Staatsunternehmen wird erwartet, daß Preis- und Qualitätsvergleiche bei mindestens zwei Lieferanten vor der Beschaffung erfolgen. Bei größeren Beschaffungsmengen von Rohstoffen oder anderen Materialien und Anlagen soll so weit wie möglich eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt werden. (XNA, 10.4.99) -schü-

26 Zunehmende Herausforderungen für Arbeitsmarkt und soziale Sicherung

In einem Bericht der *China Daily* wird auf Pläne der Regierung verwiesen, die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte staatseigener Unternehmen auf rd. 7 Mio. Personen zu begrenzen, das wären rd. 1 Mio. Menschen mehr als 1998. Um die materielle Grundversorgung dieser freigesetzten Arbeitskräfte zu garantieren, sollen nach Angaben von Wang Jianlun, stellvertretender Minister für Arbeit und Sozialversicherung, 24,5 Mrd. Yuan bereitgestellt werden.

Sobald die Arbeitskräfte freigesetzt sind, sollen sie sich in den Dienstleistungszentren für Wiederbeschäftigung in ihren Unternehmen registrieren lassen und erhalten von dieser Stelle eine monatliche Zahlung von 140 bis 380 Yuan. Dieses Geld wird gemeinsam von der Regierung, dem Arbeitslosenversicherungsfonds und den Unternehmen bereitgestellt. In diesen Zentren bleiben die freigesetzten Arbeitskräfte bis maximal drei Jahre. Nach dieser Zeit können die Arbeitskräfte, die keine neue Beschäftigung gefunden haben, für einen Zeitraum von zwei Jahren eine Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. Anschließend steht ihnen nur noch eine Mindestunterstützung vom Ministerium für Zivilangelegenheiten zu. (XNA, 14.4.99)

In einigen Städten wie Shanghai haben seit Anfang der 90er Jahre im Rahmen der Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen rd. 891.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Über die Weiterbildung der freigesetzten Arbeitskräfte konnten allerdings insgesamt 664.000 Menschen eine neue Beschäftigung finden. (HB, 13.4.99)

Proteste der Arbeiter, aber auch die Gründung illegaler Gewerkschaften waren vielerorts Reaktionen auf Entlassungen durch die Staatsbetriebe. Anfang April kündigte eine Reihe von Arbeitern in der nordchinesischen Stadt Tianjin beispielsweise gegenüber der Dissidentengruppe Free China Movement an, daß sie eine Untergrundgewerkschaft gründen wolle, um die Stellung der Arbeiter wieder zu

verbessern. Als Begründung gaben die Arbeiter an, daß die offizielle Gewerkschaft nicht mehr die Interessen der Arbeiter vertreten würde. In Tianjin soll angeblich ein Drittel der gesamten Arbeiter freigesetzt worden sein. (SCMP, 3.4.99)

Offiziellen Angaben zufolge spielt das Arbeitslosenversicherungssystem eine immer wichtigere Rolle. Nach ersten Anfängen im Jahr 1986 erfaßte das System bis Ende letzten Jahres 79,32 Mio. Arbeitskräfte.

Aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit wurden im Juni 1998 die Beiträge zum Arbeitslosenfonds von 1% auf 3% der gesamten Lohnsumme der Unternehmen erhöht. Neben den Unternehmen sind inzwischen auch die Arbeitskräfte an den Einzahlungen beteiligt, und zwar mit 1%. (XNA, 16.4.99)

Neben der finanziellen Absicherung von freigesetzten Arbeitskräften hat die Absicherung der Rentner Wang Jianlun zufolge ebenfalls Fortschritte gemacht. Es wird damit gerechnet, daß bis Ende Juni 1999 rd. 110 Mio. Menschen in eine Rentenversicherung einbezogen werden, das wären 26 Mio. Menschen mehr als 1998. Seit Mai letzten Jahres haben die Ämter für Arbeit und Sozialversicherung ihre Anstrengungen darauf konzentriert, Probleme mit noch ausstehenden Pensionszahlungen zu lösen. Zu diesem Problem kam es, weil eine Reihe von Verlustunternehmen ihre Pensionszahlungen eingestellt bzw. eingeschränkt hatte. (XNA, 14.4.99)

Proteste von Rentnern gab es in den letzten Jahren in vielen Städten. In der Bergbaustadt Fushun in der nordostchinesischen Provinz Liaoning blockierten beispielsweise im April d.J. rd. 4.000 pensionierte Bergleute einen Zug, um gegen die Nichtzahlung ihrer Renten zu protestieren. Die friedliche Demonstration mit der Blockade der Eisenbahnstrecke dauerte vier Stunden und wurde von der Polizei nicht gewalttätig beendet. Die Rentner verließen erst die Eisenbahnlinie, als ein Vertreter der Fushuner Stadtregierung ihnen zusagte, die Rentenzahlungen umgehend wieder aufzunehmen. (SCMP, 29.4.99)

Für die Arbeitskräfte in den nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen in

den ländlichen Gebieten besteht im Gegensatz zu den Arbeitern und Angestellten in den Städten bisher weder eine betriebliche noch eine überbetriebliche Absicherung. Die Zahl dieser Arbeitskräfte beläuft sich jedoch inzwischen auf rd. 130 Mio. Personen. Erste Erfahrungen mit einem System der überbetrieblichen Rentenversicherung sollen nunmehr in acht Projekten gewonnen werden. Bis November soll ein landesweiter Plan für die Umsetzung einer Rentenversicherung für die Arbeitskräfte in den nichtlandwirtschaftlichen Betrieben auf dem Land aufgestellt werden. (XNA, 26.4.99)

-schü-

SVR Hongkong

27 Furcht vor Zuwanderungswelle und unverkraftbarem Bevölkerungszuwachs

Die vom Hongkonger Berufungsgericht (Court of Final Appeal) im Januar getroffene Entscheidung, der zufolge die Aufenthaltsregelungen für bestimmte Gruppen von Festland-Chinesen gelockert werden müssen (siehe C.a. 1999/2, S.127; 1999/3, S.242), könnte in den nächsten sieben Jahren zu einem massiven Bevölkerungszuwachs in der Sonderverwaltungsregion führen. Die strikten Zuwanderungsbeschränkungen, die nach dem Souveränitätswechsel mit Zustimmung Beijings von der Provisorischen Legislative erlassen worden waren, werden durch das Gerichtsurteil teilweise außer Kraft gesetzt.

Die zur Zeit schon in Hongkong lebenden 692.000 Festland-Chinesen genießen dem Urteil des Court of Final Appeal zufolge Aufenthaltsrecht. Da ihre noch auf dem Festland lebenden ehelichen und unehelichen Kinder ebenfalls ein Aufenthaltsrecht erhalten sollen, könnten nach Schätzungen der Hongkonger Regierung noch zusätzlich 983.000 Personen nach Hongkong kommen. Damit wäre ein Bevölkerungszuwachs um insgesamt 1,675 Mio. Menschen zu erwarten. Dies entspräche rund einem Viertel der derzeitigen Bevölkerung. Die tägliche Zahl

der legalen Zuwanderer würde von derzeit 150 auf bis zu 1.000 steigen.

Nach Auskunft der Hongkonger Regierung wird eine solche Zuwanderungswelle das Schul- und Gesundheitswesen, die öffentliche Wohnungsverorgung und auch die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes überfordern. Mitglieder des Legislativrates hielten der Regierung vor, im Hinblick auf die erwartete Zuwanderung übertrieben und „alarmistisch“ zu reagieren. (IHT und FT, 29.4.99; XNA, 30.4.99)

-hei-

28 Hongkonger Behörden verweigern chinesischen Exiloppositionellen Einreisevisa

Die Hongkonger Einreise- und Einwanderungsbehörde hat elf im amerikanischen Exil lebenden chinesischen Dissidenten - darunter Wang Dan und Wei Jingsheng - das Visum für einen Hongkong-Aufenthalt im Mai verweigert. Viele prominente Dissidenten waren von der Hongkonger „Allianz zur Unterstützung der patriotischen Demokratiebewegung in China“ zu einem Seminar eingeladen worden, um des zehnten Jahrestages der Ereignisse von 1989 und des achtzigsten Jahrestages der Vierte-Mai-Bewegung zu gedenken.

Die Nichterteilung der Visa wurde von Angehörigen der chinakritischen Opposition in Hongkong als Schlag gegen das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ verurteilt. Vor dem Souveränitätswechsel in Hongkong 1997 hätten chinesische Exiloppositionelle regelmäßig einreisen dürfen. Nun aber scheine die Hongkonger Regierung ihre Kriterien für die Genehmigung von Einreisen offenbar an den Vorgaben Beijings auszurichten. Die Hongkonger Regierung werde damit zu einer Marionette der kommunistischen Regierung in Beijing. Und das Image Hongkongs als einer freien Stadt werde im Kern erschüttert.

In einer Erwiderung sagte ein Vertreter der Einreisebehörde, daß bei der Visa-Entscheidung weder der Hongkonger Regierungschef noch die Zentralregierung in Beijing konsultiert worden sei. Der Direktor der Behörde habe sich vielmehr am „langfristigen Interesse Hongkongs“ und am „Erfolg der Politik 'Ein Land, zwei Systeme'“